



<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/erbschaftssteuer-gerechtigkeit-firmen-streitgesprach-li.3372087>

Steuergerechtigkeit

Sollten Firmenerben mehr abgeben?

Unbedingt, sagt Blinkist-Gründer Sebastian Klein, der große Teile seines Vermögens gestiftet hat. Auf keinen Fall, entgegnet Rainer Kirchdörfer, der milliardenschwere Familienunternehmen vertritt. Ein Streitgespräch.

Interview von Kerstin Bund und Lea Hampel

Das Streitgespräch findet per Videocall statt, weil Sebastian Klein gerade auf Kreta ist. Der Unternehmer hat die App Blinkist mitgegründet, die Inhalte von Sachbüchern zusammenfasst. Nach dem Verkauf des Unternehmens wurde er über Nacht Multimillionär, gab jedoch 90 Prozent seines Vermögens an eine gemeinnützige Organisation weiter. Heute engagiert sich Klein bei der Initiative Taxmenow, die sich für höhere Steuern für Vermögende einsetzt. Rainer Kirchdörfer hat sich aus einer mit Schindeln verkleideten Villa in Stuttgart-Degerloch zugeschaltet. Dort ist er Seniorpartner einer Anwaltskanzlei, die 1929 gegründet wurde. Zudem ist der Jurist Vorstand der Stiftung Familienunternehmen

und Politik. Die Lobbyorganisation vertritt die Interessen von rund 600 überwiegend großen Familienunternehmen. Beide Gesprächspartner sind gut vorbereitet und verzichten auf Smalltalk – es geht sofort zur Sache.

SZ: Herr Kirchdörfer, haben Sie schon mal Erbschaftsteuer bezahlt?

Rainer Kirchdörfer: Ja, als meine Eltern verstorben sind. Allerdings relativ wenig, weil ich aus einfachen Verhältnissen komme. Ein paar Zehntausend Euro sind angefallen.

Hat es Sie geärgert, dass Sie sich das nicht durch Steueroptimierung gespart haben?

Kirchdörfer: Nein, weil ich ganz gut verdiene. Für mich war es kein Problem, das aus dem Privatvermögen zu tilgen.

Und Sie, Herr Klein?

Sebastian Klein: Ja, auf eine kleinere Erbschaft im fünfstelligen Bereich, nicht aus der direkten Familie. Etwa 5000 Euro Steuer waren das.

In Deutschland werden jährlich Hunderte Milliarden Euro vererbt, aber im Jahr 2024 wurden nur gut 13 Milliarden Euro Erbschaftsteuer gezahlt. Ist das gerecht?

Klein: Nein, das ist eine massive Umverteilung von unten nach oben. Das Vermögen hängt in Deutschland in der Regel längst von der Herkunft ab, nicht von der Leistung. Ich wundere mich, dass nicht jede Woche Millionen Menschen auf die Straße gehen und sagen: Wieso zahle ich einen Haufen Steuern auf Einkommen, für das ich arbeiten muss, während andere Milliarden geschenkt bekommen und dafür keine Steuern bezahlen?

Die SPD will die Erbschaftsteuer reformieren. Ziel ist es, „normale Erben“ zu entlasten und sehr Reiche stärker zu belasten. Dafür sollen auch Verschonungsregeln wegfallen, die derzeit Betriebsvermögen vor Steuern schützen. Ist das richtig?

Klein: Das Bundesverfassungsgericht hat schon zweimal angemahnt, dass die extreme Privilegierung von Betriebsvermögen nicht unserem Grundgesetz entspricht. Aber 2016 hat die Lobby, unter anderem Herr Kirchdörfer, dafür gesorgt, dass absurde Verschonungsregeln gelten. Natürlich müssen die weg. Das wird uns das Bundesverfassungsgericht sicher dieses Jahr wieder sagen.

Kirchdörfer: Ich hoffe, dass das Bundesverfassungsgericht sagt, im Grundsatz ist das gegenwärtige System in Ordnung.

Und was halten Sie von den Plänen der SPD, Herr Kirchdörfer?

Kirchdörfer: Nichts. Die SPD präsentiert den Unternehmensfreibetrag von fünf Millionen Euro als Schutz für den Mittelstand. Ein Witz! In der Praxis reicht dieser Betrag bei Weitem nicht aus, um Unternehmensnachfolgen abzusichern. Allein Maschinen, Grundstücke und sonstiges Betriebsvermögen treiben die Unternehmenswerte schnell in den zweistelligen Millionenbereich. Wir haben oft schon bei einem größeren Handwerksbetrieb, wenn dieser nicht nur zwei Niederlassungen hat, diese Wertgrenze überschritten.

Betriebe sollen die fälligen Beträge über viele Jahre – die Rede ist von bis zu 20 Jahren – strecken können.

Kirchdörfer: Wir sollten keine Steuer erheben, von der wir wissen, dass der Unternehmer sie nur bezahlen kann, wenn sie gestundet wird. Außerdem ist die Erbschaftsteuer eine Stichtagsteuer. Man bewertet das Unternehmen zu einem Stichtag. Geplant ist nun, die Erbschaftsteuer über 20 Jahre zu stunden. Stürzt das Unternehmen nach einigen Jahren ab, bleibt die Schuld dem Erben sein ganzes Leben als private Verbindlichkeit.

Klein: Also ich finde es ja schon mal schön, dass Herr Kirchdörfer und ich uns vor allem um die kleinen Firmen sorgen.

Kirchdörfer: Mich stört, dass zwischen Groß- und Kleinvermögen unterschieden, aber nicht sauber differenziert wird, worin das große Vermögen besteht. Es ist überhaupt nicht richtig, dass große Vermögen generell weniger Erbschaftsteuer bezahlen als kleine. Inhaber von großen Privatvermögen zahlen in Wahrheit sehr hohe Erbschaftsteuern.

Klein: Behaupten Sie allen Ernstes, große Vermögen werden in Deutschland höher besteuert als kleine Vermögen?

Kirchdörfer: Ein Mensch, der ein hohes Privatvermögen erbt, versteuert das viel höher als jeder Mensch, der wenig erbt. Der Punkt ist aber nicht groß oder klein, sondern ob es betrieblich genutztes oder betrieblich nicht genutztes Vermögen ist. Und da ist es richtig, dass große Vermögen, die in Maschinen und Arbeitsplätzen stecken, begünstigt werden, wenn sie hohe Hürden der Verschonungsbedingungen erfüllen.

Klein: Aber in dieser Vermögensklasse ist es möglich, fast alles Vermögen in Betriebsvermögen umzuschichten vor dem Erbfall. Es ist auch eine Frechheit zu sagen, dass das Vermögen in Maschinen steckt. Das ist für den Wert der Firma nicht relevant. Der bemisst sich am Gewinn. Deswegen stimmt es nicht, dass kleine Firmen von einer Erbschaftsteuerreform besonders betroffen wären.

Kirchdörfer: Ja, die großen Vermögen stecken vorwiegend in Betriebsvermögen. Ich bin gottfroh, dass unsere Familienunternehmer in deutsche Unternehmen

investieren und dass nicht chinesische Staatsfonds oder Rentenfonds oder Private-Equity-Gesellschaften Eigentümer werden, die hier keine Erbschaftsteuer bezahlen.

Klein: Wir wissen, dass fast die Hälfte der Unternehmen, die Sie vertreten, Milliardenkonzerne sind – eine laute Minderheit gemessen an drei Millionen Unternehmen in Deutschland. Nehmen Sie nicht für sich in Anspruch, für alle Familienunternehmen zu sprechen! Sie sprechen für und mit ein paar hundert sehr reichen Familien. Und es sind genau diese Familien, die über ihre Family Offices massiv in Private-Equity-Fonds investieren, mit denen Firmen gekauft werden.

Kirchdörfer: Ich spreche mit Familienunternehmen jeder Größe. Ja, wir haben die kleinen Handwerksbetriebe nicht in unserem Fördererkreis. Aber es geht nicht darum, wer bei uns spendet, sondern um den Erhalt einer Landschaft. Ich weiß, wie man in Familienunternehmen um den Erhalt der Firmen kämpft.

Können wir so einen Kampf einmal konkret durchrechnen?

Kirchdörfer: Ein Unternehmen mit 10 Millionen Euro Bruttogewinn hat ungefähr einen Wert von 100 Millionen Euro. Da wären, wenn keine Begünstigung gewährt würde, 30 Millionen Euro Erbschaftsteuer fällig. Bei 10 Millionen Euro Bruttogewinn des Unternehmens erzielt man, vereinfacht gerechnet, einen Nettogewinn von fünf Millionen. Wenn davon, wie in der Praxis häufig, 20 Prozent an die Familie ausgeschüttet werden, hat diese eine Million Euro im Jahr verfügbar. Wenn daraus 30 Millionen Erbschaftsteuer zu zahlen sind, wie wollen Sie das finanzieren?

Klein: Genau dafür gibt es die Stundungsregelung. Und ist ein übler Trick, dass in dieser Diskussion oft der falsche Anschein erweckt wird, dass Firmen besteuert werden würden. Es werden aber Erben besteuert. Die Firmen, für die Sie sprechen, haben teils Hunderte solcher Erben. Und die haben in der Regel sehr viel Vermögen neben dem Betriebsvermögen. Ich als Unternehmer müsste mir eine Firma im Wert von 100 Millionen Euro selbst aufbauen, aus Einkommen, das ich versteuern muss, und über Kredite, für die ich 50 Jahre arbeiten muss. Wenn mir ein Erbe erzählt, er kriegt eine Firma im Wert von 100 Millionen Euro geschenkt und ist nicht bereit, 30 Millionen Erbschaftsteuer über 20 Jahre zu zahlen, soll er sie mir geben. Ich würde sie sofort nehmen.

Herr Kirchdörfer, Sie halten das jetzige System also für gerecht.

Kirchdörfer: Ja. Ich bin der Meinung, dass ein System gerecht ist, wenn es uns allen am langen Ende mehr Wohlstand bringt. Eine Nichtverschonung von Betriebsvermögen kostet uns alle am Ende Wohlstand, das sagen uns auch viele Wissenschaftler.

Klein: Dann können Sie ja umgekehrt mal ein Beispiel nennen, wo die Erbschaftsteuer zu Arbeitsplatzverlusten geführt hat.

Kirchdörfer: Die Frage ergibt keinen Sinn, weil wir seit vielen Jahrzehnten betrieblich gebundenes Vermögen im Vergleich zu Privatvermögen immer deutlich verschont haben, wie fast jedes Industrieland der Erde. Würden Firmen in die Insolvenz gehen, wenn wir die nicht hätten? Es ist immer ein Zusammenspiel von Rahmenbedingungen, wenn Familienunternehmen geschädigt werden. Ich habe im Augenblick einen Fall. Der Eigentümer ist verstorben. Ohne Verschonung wäre dieses Unternehmen, das vom Erben unterstützt wurde, heute insolvent.

Klein: In dem Fall geht es offensichtlich um ein Unternehmen in Schieflage. Ein Unternehmen hat nur einen Wert, wenn es Gewinne macht. Wenn es aber so schlecht dasteht, wird es keinen Wert haben, der oberhalb der Freibeträge liegt. Und wenn ein Erbe Privatvermögen hat, dass er nachschießen kann, verstehe ich nicht, warum er von der Steuer verschont werden soll.

Kirchdörfer: Offensichtlich verstehen Sie von Familienunternehmen nichts, sonst wüssten Sie, dass sich in der Praxis eine Schuld des Gesellschafters im Familienunternehmen in der Regel durchschlägt auf die Gesellschaft. Das würde im Kern bedeuten, dass der Gesellschafter erst mal in die Insolvenz rutscht.

Klein: Das mit der Insolvenz ist an den Haaren herbeigezogen. Wenn ich einen Anteil an einer Firma erbe, die 100 Millionen Euro wert ist, habe ich viele Möglichkeiten, die Steuer zu bezahlen: aus früheren oder künftigen Gewinnen. Oder ich hole mir mit der Sicherheit der Anteile im Rücken einen günstigen Kredit. Natürlich kann ich mich auch entscheiden, Anteile zu verkaufen, um Liquidität zu schaffen. Das alles sind völlig normale unternehmerische Vorgänge.

Kirchdörfer: Stellen Sie sich vor, Sie sind Erbe eines großen Unternehmens. Sie stehen vor der Frage: Übernehme ich die Erbschaft, stelle ich einen Stundungsantrag und hafte dann unbeschränkt für eine Millionen hohe Erbschaftsteuerschuld? Da würden viele sagen: Ich verkaufe mein Unternehmen lieber gleich.

Sprechen wir über einen konkreten Fall. Die Familie Thiele, die hinter dem Autozulieferer Knorr-Bremse steht, musste angeblich vier Milliarden Euro Erbschaftsteuer zahlen, weil bei der Steuergestaltung etwas schief lief.

Klein: Es ist ein wichtiges Beispiel. Wir haben an diesem Versehen gesehen, dass in der Regel solch große Vermögen ja nicht auf einmal vererbt werden, weil überraschend der liebe Großvater stirbt. Sondern es gibt Kanzleien, die verdienen über Jahrzehnte Geld damit, absurde Steuervermeidungspraktiken zu ermöglichen. Wenn man wegen der Streitigkeit in der Familie eine Frist verpasst und vier Milliarden Erbschaftsteuer bezahlen muss, ist das schön für uns alle. Weil viel Geld in die Kassen des Freistaats Bayern kam. Wir haben auch gesehen, dass keine Arbeitsplätze verloren gegangen sind.

Ist die jetzige Erbschaftsteuer also eine Dummensteuer, wie manche sagen, die nur zahlt, wer keine schlaunen Berater hat?

Kirchdörfer: Das ist Populismus. Es ist richtig, dass Steuern auch gestaltbar sind, nicht nur die Erbschaftsteuer. Der Bundesfinanzhof hat viele Male judiziert, dass steuerliche Gestaltungen zulässig sind und nicht moralisch verwerflich. Es gibt natürlich Gestaltungen, die an der Grenze sind. Da stehen wir auch nicht dahinter, ich persönlich schon gar nicht.

Herr Klein, Sie haben gesagt, extremer Reichtum gefährdet unsere Demokratie. Was meinen Sie?

Klein: Demokratie bedeutet, dass Macht begrenzt wird. Wenn Friedrich Merz sagen würde, mein Kind wird der nächste Bundeskanzler, würden wir alle sagen, das ist aber keine Demokratie. Aber bei wirtschaftlicher Macht nehmen wir das hin, dass man sagt, oh ja, Milliardenunternehmen mit 100 000 Arbeitsplätzen kann man an die nächste Generation weitergeben, die keinerlei Qualifikation nachweisen muss.

Welche Folgen hat das Ihrer Meinung nach?

Klein: Menschen mit viel Geld können überdurchschnittlich viel Einfluss auf Politik nehmen. Die können die Stiftung Familienunternehmen gründen und sich in den Gesetzgebungsprozessen vertreten lassen. Das steht den meisten Menschen nicht frei. Die großen Unternehmen haben außerdem immer das Argument: Wenn ihr uns besteuert, gehen Jobs verloren, und vielleicht wandere ich aus. Beide Behauptungen sind Märchen – aber sie wirken leider immer noch.

Im Grundgesetz steht: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Haben Reiche mehr Verantwortung als Ärmere?

Kirchdörfer: Natürlich haben Reiche eine höhere Verantwortung. Aber wenn Sie die Steueraufkommen anschauen: Die obersten zehn Prozent zahlen etwa 55 Prozent des gesamten Einkommens- und Gewinnsteueraufkommens. Abseits der Zahlen geht es darum, dass wir, indem wir Familienunternehmen schützen, unseren Wohlstand in der Zukunft erhalten. Da sollten wir nicht irgendwie populistisch mit irgendwelchen Demokratiekrriterien um die Ecke kommen. Wir werden die Tatsache, dass Menschen, die viel leisten, viel Vermögen haben, mit Politikern reden, nicht durch eine hohe Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen ändern.

Klein: Ich finde es nicht in Ordnung, unser Grundgesetz als populistisch zu bezeichnen. Ich finde es auch nicht in Ordnung, was von Leistungsgesellschaft zu erzählen und zu verschweigen, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der Menschen sich aus Arbeitseinkommen mancherorts nicht mal mehr ein Eigenheim leisten können.

Kirchdörfer: In einem bin ich völlig einig mit Ihnen: Die Frage ist, wie bekommen wir die armen Menschen vermögensmäßig nach oben und wie schützen wir den Mittelstand? Dadurch, dass wir dafür sorgen, dass wir am unteren und mittleren Ende Vermögensaufbau fördern. Sicher nicht, indem wir aus 250 Milliarden 130 machen.

Klein: Die deutschen Milliarden haben im vergangenen Jahr ihr Vermögen um 150 Milliarden Euro vergrößert. Eine Erbschaftsteuer würde die nicht ärmer machen, sondern nur ein kleines bisschen weniger schnell noch reicher. Wir haben jetzt 30 Jahre lang die Steuern für sehr reiche Menschen sukzessive gesenkt. Das hat nicht zu mehr Investitionen geführt.

Haben nicht auch Reiche ein Interesse daran, dass es in einer Gesellschaft weniger ungleich zugeht?

Kirchdörfer: Natürlich haben Reiche daran Interesse. Es geht nicht nur um das Ergebnis, es geht um den Weg dorthin. Und wenn wir unter dem Schutz der Familienunternehmen zu einer gleicheren Vermögensverteilung kommen, bin ich sofort dabei. Aber wir haben eine Kuh, die wir melken, und wir würden noch in Jahrzehnten merken, wenn wir diese Kuh geschlachtet haben. Es ist naiv zu glauben: Wenn ich die Zahl der Superreichen halbiere, verbessert sich das Bildungswesen. Ein Euro, den der Staat einnimmt, geht nicht eins zu eins in Maßnahmen, sondern zu einem großen Anteil in den Konsum des Staates.

Klein: Ich halte das für ein antidemokratisches und kontrafaktisches Argument, dass der Staat Geld zum Fenster rauswirft. Wenn der Staat Geld „konsumiert“, heißt das, dass er es für Löhne ausgibt und in die Wirtschaft investiert. So landet das Geld immer wieder in der Gesellschaft.

Haben Sie Ihr Erbe eigentlich schon geregelt?

Kirchdörfer: Mein Testament ist unter erbschaftsteuerlichen Gesichtspunkten sicher nicht das intelligenteste. Meine Frau erbt die Hälfte, die andere Hälfte wird unter meinen beiden Söhnen verteilt, ein handschriftliches Testament mit vier Zeilen.

Klein: Ich bin 43, das Thema ist noch nicht so präsent. Und wenn ich mit sehr vermögenden Menschen rede, sehe ich, dass das nicht gut für diese Erben ist, Millionen zu bekommen. Ich habe selten einen reichen Erben getroffen, bei dem ich dachte: Mensch, mit dir will ich aber gern tauschen. Selbst wenn ich ein Milliardenvermögen zu vererben hätte, würde ich das meinen Kindern nicht gern antun.

Sebastian Klein (li.) und Rainer Kirchdörfer streiten über die Erbschaftsteuer.

SZ Collage - Frederik Lorenz; Stiftung Familienunternehmen/Dirk Michael Deckbar

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung exklusiv über www.sz-content.de

A130341240
syndication

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

A128393523
syndication
